

## **Verbauen wir uns unsere Zukunft?**

**Nur 8 von 58 ExpertInnen schätzen in einer Umfrage des Forum Wissenschaft & Umwelt die Entwicklung unserer Lebensräume als positiv oder eher positiv ein - 39 ExpertInnen fordern verbesserte Regulierung**

Wien- Die Expertenurfrage „Klimakrise, Wirtschaftskrise – Raumkrise?“ zeigt auf, dass wir zuviel Platz durch Zersiedlung und ähnliches verbrauchen.

Die Mehrheit der befragten Expertinnen und Experten beurteilt die räumliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte „negativ“ oder „eher negativ“. 14 Befragte werten diese als neutral oder widersprüchlich, lediglich 8 als „positiv“ oder „eher positiv“. Aufschlussreich ist, was als positiv gewertet wird: Das sind vor allem jene Anstrengungen, mit denen in den Bereichen Umwelt, Stadt- und Regionalplanung versucht wurde, den Trends der letzten Jahrzehnte entgegenzuarbeiten: Revitalisierungen und Sanierungen, Schutzgebiete und Renaturierungen, Örtliche Entwicklungskonzepte, Bürgerbeteiligung und anderes mehr.

### **Negativentwicklung Zersiedlung**

Auf der Negativseite wird vor allem anderen die Siedlungsentwicklung verbucht: Die „Zersiedlung“ durch Einfamilienhäuser und „Neubauten auf der grünen Wiese“ bedeutet „hohen Bodenverbrauch“ und „hohe Infrastrukturkosten“. Der „Flächenwahnsinn im Einzelhandel“ bringt „Gewerbewucherungen“ und „ungeordnete Einkaufskonglomerate“ an der Peripherie hervor und führt dazu, dass die städtischen Zentren „wirtschaftlich ausgehöhlt“ werden. All das geht mit der „Versiegelung“ und „Zerschneidung“ von fruchtbaren Landschaften, mit einem ungebrochenen Trend zu „Großstrukturen“ und „Großprojekten“, mit beständig wachsendem Verkehrsaufkommen und Energieverbrauch einher – und steht klimapolitischen Zielsetzungen klar entgegen.

### **Wahlperioden-Fixierung, Desinteresse, Lobbies und Kirchturmdenken**

Die Gründe dafür, dass einer Entwicklung, die offenbar (fast) niemand als wünschenswert empfindet, nicht wirksam entgegengesteuert wird, verorten die ExpertInnen vor allem in vier Bereichen: Eine schwache, mit dem „Geburtsfehler“ der Unverbindlichkeit behaftete Raumplanung kann ihre Anliegen im wirtschaftspolitischen System nicht durchsetzen. Dass dies so ist, liegt nach Häufigkeit der Nennungen in erster Linie an mangelndem politischen Willen, kurzfristigem Denken in Wahlperioden und dem Kompetenzgewirr des Föderalismus. In zweiter Linie liegt es daran, dass das kaum medienwirksame Raumthema in der Öffentlichkeit schlicht auf Desinteresse stößt.

Problem Nummer 3 ist die Lobby-Macht der Wirtschaft und deren Gewinninteressen: Die räumliche Entwicklung steht „unter dem Diktat der Wirtschaftsakteure“. Das führt zu Problem Nummer 4, den Städten und Gemeinden, deren Raumordnung „de facto oft vom Investor und nicht vom Planer bestimmt wird“. In den Kommunen herrschen Kirchturm- und Konkurrenzdenken, Ängste vor Machtverlusten, Egoismen und fehlendes Problembewusstsein.

### **Nicht nur das Finanzsystem regulieren!**

Die große Mehrheit der Expertinnen und Experten (39 Personen) spricht sich klar für eine verbesserte Regulierung des räumlichen Geschehens aus. Maßnahmen, mit denen dies gelingen könnte, reichen von Regionalentwicklungsplänen über Abgaben und Steuern,

Subventionen, Gebote und Verbote, stärkeren Bundeskompetenzen bis hin zu Marktinstrumenten wie Flächenzertifikaten.

Befürchtungen, ein Mehr an sinnvoller Regulierung könne der Wirtschaft und unserem Wohlstand schaden, werden lediglich von 2 Personen geteilt, von den meisten Experten und Expertinnen aber ausgeräumt: 6 Befragte meinen, Einbußen seien vielleicht kurzfristig zu befürchten, nicht aber aus langfristiger Perspektive, 42 sehen keinerlei Wohlstandsschmälerung – „weil“, so etwa der Stadtplaner Rainer Mayerhofer, „die unregulierte Entwicklung nur Einzelnen kurzfristige Vorteile bringt, aber die Allgemeinheit langfristig belastet: die Kommunen durch Infrastrukturausgaben, die Bürger als Steuerzahler“.

### **Turbowachstum in Frage stellen**

Auch im Räumlichen zeige sich die „Schwächung von Umwelt- und sozialen Belangen“ durch die globalisierte Ökonomie (Jörg Knieling) mittels „Totschlagargument Arbeitsplätze“ (Dietmar Scholich). Man müsste Gewinne und Verluste transparent machen (Elke Szalai) und vernünftige räumliche Regeln als Ansatz sehen, „dem Turbokapitalismus Paroli zu bieten“ (Peter Weichhart). Gesellschaftlicher Wohlstand sei nicht am „Auslaufmodell BIP“ abzulesen und, so stimmen einige Experten überein, nicht mit Ressourcen- und Flächenverbrauch gleichzusetzen.

### **Zitate von Experten und Expertinnen**

*„Ungebrochener Freiflächenverbrauch, keine nachhaltige Raumentwicklung, Kirchturmdenken der Bürgermeister, Totschlagargument Arbeitsplätze“*

Prof. Dr.-Ing. Dietmar Scholich (Akademie für Raumforschung und Landesplanung/ARL), Hannover

*„Schwächung von Umwelt- und sozialen Belangen in Folge der zunehmenden Dominanz ökonomischer Belange (u.a. durch Globalisierung/Wettbewerb der Standorte, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit ...)“*

Prof. Dr.-Ing. Jörg Knieling (Stadtplanung & Regionalentwicklung), Hamburg

*„Wo das Ordnen im Zuge einer falsch verstandenen Deregulierung aufgegeben wird, entstehen Un-Orte“*,

Prof. DI Jürgen Peters (Landschaftsplanung), Eberswalde

*„Zur Erreichung der international vereinbarten nationalen Klimaschutzziele müssten die reichen Länder der Welt einschneidende Maßnahmen zur Begrenzung von Güterverkehr, Mobilität und Flächenverbrauch und zur Abfederung der daraus resultierenden wirtschaftlichen Benachteiligungen und sozialen Konflikte ergreifen.“ – „Politische Eingriffe zur Beschränkung von Güterverkehr, Mobilität und Flächenverbrauch würden in geringerer Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumseinbußen resultieren. Diesen Verlusten könnten jedoch mögliche Gewinne an Lebens- und Umweltqualität gegenüber stehen.“*

Prof. Dr.-Ing. Michael Wegener (Stadt- & Regionalforschung), Dortmund

*„Wir haben keine Krise der Raumplanung, es handelt sich vielmehr um einen Geburtsfehler.“ – Bessere Regulierung „wäre einer der Ansätze, dem Turbokapitalismus Paroli zu bieten“.*

Prof. Dr. Peter Weichhart (Geographie), Wien

*„Raumordnung wird von Kommunen als Eingriff in die eigene Planungshoheit gesehen und wird de facto oft vom Investor und nicht vom Planer bestimmt.“*

Prof. Dr. Karl-Josef Durwen (Landschaftsplanung), Nürtingen-Geislingen

*„Das sollte unbedingt anders reguliert sein – klarere Raumentwicklungsstrategien, die nicht ausschließlich wirtschaftlichen Interessen dienlich sind.“*

DI Elke Szalai (Knoll & Szalai), Wien

„... weil die unregulierte Entwicklung nur Einzelnen kurzfristige Vorteile bringt, aber die Allgemeinheit langfristig belastet: die Kommunen durch Infrastrukturausgaben, die Bürger als Steuerzahler“.

DI Dr. Rainer Mayerhofer (ARGE Projekte), Wien

## **Die Befragten**

58 Experten und Expertinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz nahmen an der Befragung teil. 35 Befragte sind in universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen tätig (v.a. Raum-, Stadt-, Landschafts- und Verkehrsplanung, Städtebau, Regionalentwicklung, Geographie), 15 in Planungseinrichtungen und Büros, 6 in Behörden. Diese Verteilung entspricht prozentuell in etwa den 600 angeschriebenen AdressatInnen, die gebeten wurden, per E-Mail auf 12 (überwiegend offene) Fragen zu antworten.

Link zum Online-Artikel:

[http://www.oekonews.at/index.php?mdoc\\_id=1050053](http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1050053)